

DIE LINKE. Vogelsbergkreis

**Programm zur
Kreistagswahl 2021**

Alle Kandidatinnen und Kandidaten auf einen Blick

(mit Beruf, Geburtsdatum und Wohnort)

1. Dietmar Schnell, Schriftsetzer, geb. 11.8.1960, Wartenberg
2. Sandra Weiershäuser-Kullick, Erzieherin, geb. 22.1.1972, Homberg/Ohm
3. Katharina Jacob, Lehrerin, geb. 9.6.1966, Lauterbach
4. Karl Christian Hendrichs, Pädagoge/Rentner, geb. 26.7.1953, Romrod
5. Karen Löffler, Köchin, geb. 4.11.1965, Feldatal
6. Michael Riese, Lehrer/Rentner, geb. 29.3.1952, Alsfeld
7. Anne Hüther-Kolling, Kunsthandwerkerin, geb. 12.7.1959, Lauterbach
8. Helge Fitz, Seniorenbetreuer, geb. 11.9.1960, Freiensteinau
9. Christel Weber, Rentnerin, geb. 15.3.1948, Schlitz
10. Claus Rauhut, Rentner, geb. 24.10.1950, Alsfeld
11. Joachim Biermanski, Ergotherapeut, geb. 4.1.1960, Alsfeld
12. Frank Bönning, Sozialarbeiter, geb. 20.10.1960, Lauterbach
13. Paul Weber, Diplom-Sozialpädagoge, geb. 10.2.1950, Schlitz
14. Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Pensionär, geb. 23.1.1953, Lauterbach
15. Claudia van den Berg, Diplom-Sozialarbeiterin, geb. 21.12.1956, Schlitz
16. Winfried König, Dipl.-Sozialpädagoge, geb. 5.2.1964, Lauterbach
17. Pedro Valdivielso Vollmer, Rentner, geb. 31.5.1946, Romrod
18. Rudolf Rohrsetzer, Rentner, geb. 5.3.1952, Schlitz
19. Frank Swoboda, Krankenpfleger/Rentner, geb. 8.3.1952, Ulrichstein
20. Silvius Theumer, Berufsbetreuer, geb. 5.12.1975, Lauterbach
21. Benny Calvin Goodman, Arbeiter, geb. 23.12.1955, Alsfeld
22. Manfred Treder, Sozialpädagoge (BA) , geb. 12.8.1957, Lauterbach
23. Heinrich Caesar, Arzt i. R. , geb. 26.4.1937, Lauterbach
24. 
25. Michael Baurhenne-Baumarth, Lehrer i. R. , geb. 11.4.1958, Alsfeld
26. Ehrenfried Ramsch, Rentner, geb. 24.5.1950, Lauterbach
27. Rudi Reiser, Rentner, geb. 27.5.1947, Alsfeld
28. Markus Hampe, Pfleger, geb. 1.10.1971, Lautertal
29. Tobias Ettlting, Altenpfleger, geb. 7.1.1976, Lauterbach
30. Otto Frank, Lehrer i.R. , geb. 28.3.1945, Alsfeld

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

DIE LINKE. Vogelsbergkreis

Christian Hendrichs, Volkmarstraße 3, 36304 Alsfeld

Auflage: 200

PROGRAMM zur Wahl des

DIE LINKE.

Vogelsberger Kreistages 2021

Corona und kein Ende?

Das bestimmende Thema im Jahr 2020 und auch für 2021 heißt „Corona“. Dass es richtig und wichtig war, darauf zu reagieren, zeigen Staaten mit „Ignoranz-Politik“ wie z. B. die USA. Dass einzelne Maßnahmen dabei nicht sinnvoll waren und viele an den Parlamenten vorbei eingeführt wurden, hat DIE LINKE immer wieder beklagt.

Aber Corona hat auch gezeigt: Selbst in der Krise werden viele Reiche immer reicher und viele Arbeitnehmer*innen ärmer. Und es hat gezeigt, dass die gesellschaftliche Bedeutung von Berufen, z. B. pflegende und betreuende Berufe, aber auch Verkäufer*innen und andere, nicht immer mit angemessener Bezahlung einhergeht.

Und es hat gezeigt, dass den Regierungen für Schulen und Kindertageseinrichtungen nichts Gutes und Vorausschauendes einfiel und einfällt. Sie scheinen für die Herrschenden nicht systemrelevant zu sein, sind es aber sehr wohl für unsere Kinder und für die gesellschaftliche Entwicklung.

Viel wichtiger aber ist, dass Corona viele andere wichtige Themen verdrängt und zum Schweigen gebracht hat. Dazu gehören zuvörderst: Ökologische Wende und Minderung des CO₂-Ausstoßes; Fragen der Umverteilung und der angemessenen Beteiligung sehr reicher Menschen und Betriebe an den Steuerlasten; Stärkung der Demokratie und der Gesundheitsvorsorge; Sicherung von Frieden in der Welt und gerechtere Weltwirtschaft auch für geflüchtete Menschen. Für all diese wichtigen Fragen hat DIE LINKE in Hessen und im Bund gute Konzepte vorgelegt.

Im folgenden Programm schlagen wir, DIE LINKE. Vogelsberg, gute und zukunftsfähige Impulse für eine bessere Politik im Vogelsberg in den nächsten Jahren vor.

Sozialökologische Wende

Wenn wir unseren Kindern eine Welt hinterlassen wollen, auf der es sich für alle Menschen zu leben lohnt, dann müssen wir sehr schnell radikale Schritte gehen,



um die drohenden Katastrophen zu verhindern. Wir brauchen energische und effiziente Maßnahmen zu mehr Umwelt- und Klimaschutz, für eine Verkehrswende und für eine Gesellschaft, die sich mehr an der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen als an den Gewinnen von Superreichen orientiert, für die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt und gegen die Verseuchung der Böden. Wir müssen die Landwirtschaft umbauen, um sie sozial und ökologisch verträglich und nachhaltig zu machen sowie regionale Kreisläufe fördern. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss gesunde Nahrungsmittel produzieren und dabei Tier- und Umweltschutz gewährleisten. Dabei ist es uns wichtig, für eine sozial ausgewogene Verteilung der Kosten zu sorgen. Während Corona haben die 2200 reichsten Deutschen ihren Besitz um 20 % gesteigert, während tausende Arbeiter*innen, Angestellte und Soloselbständige um ihre wirtschaftliche Situation bangen. Das verschärft die soziale Kluft und ist das Gegenteil von sozial ausgewogen.



Energiewende

Im Vogelsberg wurde schon einiges für die Energiewende geleistet, das muss erhalten und noch ausgebaut werden. Wer, wie die Koalition aus CDU und SPD

im Kreis weitere notwendige Maßnahmen blockiert, hat den Ernst der Lage nicht begriffen. Auf allen Kreisgebäuden sollte, soweit baulich machbar, eine Photovoltaikanlage installiert werden. Das schont die Umwelt und langfristig auch den Kreishaushalt. Auch die OVAG könnte als den Mitgliedskreisen gehörendes Unternehmen viel mehr für eine Energiewende leisten. Leider verhindern die große Koalition aus CDU und SPD und die privatwirtschaftliche Organisation (in Aktiengesellschaften und GmbHen) weiterreichende Schritte und umfassende demokratische Kontrolle. Der Kreis sollte mit seinen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Genehmigung von Photovoltaikanlagen durch die OVAG deutlich schneller erfolgt.

Verkehrswende

Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Grundlegende Mobilitätsbedürfnisse müssen für alle unabhängig vom Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie sozialverträglichen Tarifen bis hin zum Nulltarif. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir hinwirken wollen. Große Straßenbauprojekte wie der Lückenschluss der A49 oder die Ortsumgehung von Lauterbach und Wartenberg sind aus der Zeit gefallen und müssen sofort beendet werden. Stattdessen brauchen wir einen deutlichen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs mit attraktiver Taktfrequenz auch und gerade im ländlichen Raum, mehr und bessere, vor allem sichere Wege für Radfahrer und Fußgänger, eine schrittweise Verbannung des motorisierten Individualverkehrs aus den Innenstädten. Der zweispurige Ausbau der Vogelsbergbahn, die Anbindung an andere Gleisstrecken, der Ausbau von Anschlüssen an Gewerbe- und Industriegebiete, um deutlich mehr Fracht auf die Schiene zu bekommen, die Einführung einer Ringbahnlinie für bessere Verbindungen in das Rhein-Main-Gebiet (Alsfeld – Gießen – Frankfurt – Hanau – Fulda – Lauterbach – Alsfeld) sowie ein modernes Antriebssystem könnten die Vogelsbergbahn zukunftsfähig und sehr viel attraktiver machen. Sowohl die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Haltepunkte (Wallenrod, Renzendorf, Altenburg) als auch eine parallele Regionalexpresslinie wären bei Zweigleisigkeit machbar.

Für alle Kinder und Jugendlichen in einem Bus muss ein Sitzplatz mit Sicherheitsgurt vorhanden sein. Völlig

überfüllte Schulbusse sind nicht nur in Zeiten von Corona ein Üding. Wir begrüßen die Arbeit der Verkehrswendeinitiative Vogelsberg und unterstützen deren Forderung nach einem Fahrradkonzept für den Kreis.

DIE LINKE Vogelsberg setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik und verkehrliche Entwicklung im Vogelsberg ein. Diese Entwicklung muss sich drei Herausforderungen stellen:

- gute Verbindungen zu den außerhalb des Kreises liegenden Zentren entlang der Auspendelstrecken zu schaffen,
- gute Verbindungen zu den im Kreis liegenden Städten Alsfeld, Homberg, Lauterbach, Schlitz und Schotten zu schaffen, um deren Erreichbarkeit und Attraktivität zu erhöhen,
- moderne Konzepte für die Dörfer zu realisieren, um sie lebenswert zu erhalten.

DIE LINKE Vogelsberg setzt sich dafür ein, den Kreis zu einem verkehrspolitischen Modell zu entwickeln. So können Forschungs- und Fördergelder erschlossen werden, die die Investitionen mittragen können, die der Vogelsbergkreis nicht aus eigenen Mitteln realisieren kann.

DIE LINKE Vogelsberg geht davon aus, dass eine solche Entwicklung und zukunftsfähige Perspektive nicht auf dem Vorrang des Autoverkehrs bestehen kann. Vielmehr müssen moderne Konzepte des ÖPNV, der gemeinschaftlichen Nahmobilität und der Radmobilität entwickelt und intelligent verknüpft werden. Diese Verkehrswende schafft viele neue Impulse und erhöht die Attraktivität der Region. Bahn, Bus, Fahrradwege, Car- und Bikesharing und Verbindungen autonom fahrender Verkehrsmittel sind die Säulen dieser verkehrspolitischen Zukunft.

Eine solche verkehrspolitische Offensive erhöht die Attraktivität des Vogelsbergkreises. Sie braucht politischen Willen und neues Denken. Da für diese Entwicklung finanzielle Mittel benötigt werden, setzt sich DIE LINKE Vogelsberg für einen sofortigen Baustopp der A 49 und die Umwidmung der dadurch freiwerdenden Mittel in die oben skizzierte Verkehrswende ein.

Weniger Emissionen an CO₂, Stickstoffoxiden, Feinstaub, Lärm, deutlich geringere Unfallzahlen - all dies ließe sich sehr einfach mit entsprechenden Tempolimits erreichen. Leider verhindern die Unionsparteien mit der Raserlobby seit Jahren solche Fortschritte. Wir fordern:

- a) 120 km/h auf Autobahnen
- b) 80 km/h auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen
- c) 30 km/h innerorts
- d) verstärkt nächtliche Durchfahrtsverbote für LKW in Ortschaften.

Agrarpolitik

Die Agrarpolitik steckt in einer Sackgasse. Die industrielle Landwirtschaft trägt eine Mitschuld an dem Verschwinden vieler Arten, sie schädigt Böden, verschmutzt das Wasser und treibt die Klimakrise voran. Skandalöse Zustände in der Massentierhaltung und der Lebensmittelproduktion müssen endlich beendet werden.

DIE LINKE will eine Landwirtschaft, die sich an regionaler Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung orientiert und nicht am Export und der Gewinnmaximierung von Konzernen. Lebedtiertransporte



müssen drastisch eingeschränkt werden. Dazu braucht der Vogelsberg wieder einen Schlachthof oder die Möglichkeit, mobiler Schlachtungen auf der Weide.

Innerhalb der Erzeugerkette muss es eine faire Risiko- und Gewinnverteilung geben. Dass Landwirt*innen das größte Produktionsrisiko tragen, aber dafür den geringsten Gewinn erwirtschaften und dazu nicht einmal kostendeckend produzieren können, ist inakzeptabel.

DIE LINKE fordert eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik, die sowohl sozial als auch ökologisch und tiergerecht ist. Die flächengebundene Tierhaltung ist für uns ein Schlüssel dazu. Das Ziel ist eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft, in der Tiere respektvoll behandelt, das Klima geschützt und die biologische Vielfalt gesichert werden. Bäuerinnen und Bauern muss ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht werden. Zentrale Forderungen sind ein Ende der Massentierhaltung, gentechnikfreies Essen, eine pestizidarme Landwirtschaft, eine deutliche Stärkung des Ökolandbaus und der regionalen Vermarktung sowie verständliche Kennzeichnungen auf Lebensmitteln. Die Weidehaltung muss gegenüber der Stallhaltung gefördert werden.



Wasser

Während heute nur ca. 3% der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Bewässerungsanbau betrieben werden, sehen Expert*innen dies in ca. 20 bis 30 Jahren auf ein Drittel anwachsen. Schwere Nutzungskonflikte sind vorhersehbar. Wir brauchen daher „eine wasserwirtschaftliche Planung, in der wir schon jetzt ermitteln, wie viel Wasser in welcher Qualität künftig vorhanden sein wird und wer es mit welcher Priorität bekommt.“ (Prof. Borchardt)

Für den Vogelsberg bedeutet dies, dass insbesondere mit der Rhein-Main-Region über massive Einsparungen und Selbstversorgung dort verhandelt werden muss. Im Wahlprogramm der Frankfurter Linken gibt es Ideen dazu, bei anderen Parteien nicht.

Doch nicht nur in Frankfurt, sondern auch hier vor Ort, wäre es sinnvoll, für Neubauten eine Brauchwassernutzung und eine Solaranlage verpflichtend zu machen und finanziell zu fördern. Darüber hinaus sollte der Kreis gemeinsam mit den Kommunen ein nachhaltiges Wasserkonzept erarbeiten mit dem Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser langfristig zu sichern und einen sparsamen Umgang mit dem wertvollen Gut zu fördern.

Abfall

Auch das beste Produkt ist irgendwann verschlissen und nicht mehr sinnvoll weiterverwendbar. Über die Wertstoffpolitik sollen die nutzbaren Materialien aller Produkte erfasst und wiederverwendet werden. Unser Ansatz ist, dass bei jedem Produkt der Hersteller/Händler eine Entsorgungsabgabe leisten muss. Die Höhe richtet sich nach den Kosten für Erfassung und nach unseren ökologischen Parametern (z. B. Ausmaß giftiger Bestandteile, Aufwand für Recycling). Eine zentrale Stelle legt die Entsorgungsabgabe fest und überwacht die Einhaltung der Vorschriften im Wertstoffsystem. DIE LINKE setzt auf eine kommunale Erfassung aller Wertstoffe aus den Haushalten. Auch die Rückgabe von technischen Geräten als Pfandprodukte sollte unter Verantwortung der Kommunen stattfinden. Kommunen können eine regionale Verwertung unter hohen Umweltstandards gewährleisten, und die Einnahmen aus dem Verkauf gewonnener Wertstoffe werden dann durch niedrigere Abfallgebühren an Verbraucher*innen zurückgegeben.

Die bürokratischen Dualen Systeme (gelbe Tonne), bei denen von 1.000 Euro Einnahmen 600 Euro in die Verwaltung, die Lizenzierung und als Gewinne an Aktionäre fließen, sind abzuschaffen. Bei diesen Dualen Systemen



stimmt einiges nicht. Beispielsweise wurden im Jahr 2014 ca. 800.000 Tonnen Verpackungen lizenziert und durften damit in Umlauf gebracht werden, aber fast 2 Millionen Tonnen Verpackungen wurden dann in gelben Tonnen und Säcken erfasst. Stattdessen brauchen wir eine Wertstofftonne. Mit ihr wird Mülltrennung einfacher. Man unterscheidet nur noch nach Materialien – Papier in die Papiertonne, Glas in den Container und Kunststoff und Metall in die Wertstofftonne.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg (ZAV) soll die Abfalleinsammlung und den Transport zukünftig wieder in eigener Regie durchführen. Die exorbitante Gebührenerhöhung in 2020 zeigt, wie miserabel der ZAV in den letzten Jahren geführt wurde.

Unverpacktläden und Läden für abgelaufene aber noch konsumierbare Waren könnten helfen. DIE LINKE. Vogelsberg begrüßt die Initiative des Klimafairein Oberhessen e.V. mit seinem Projekt „Mobiler Unverpacktläden“.

Klimaschutz

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels zeigen sich immer deutlicher auch bei uns: zunehmende

Starkniederschläge (Starkregen und Hagel), steigende Maximal- und Minimaltemperaturen oder das Sterben unserer Wälder. Auch wenn im Vogelsberg viel für die Energiewende geleistet wird, so ist das bei weitem nicht genug, um den Klimawandel zumindest deutlich zu begrenzen. Für den Kreis (und alle seine Kommunen) wurde ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept entwickelt. Das ist wirklich gelungen, leider ist seither nichts Konkretes daraus gefolgt. Daher braucht es endlich, wie von uns schon von Anfang an gefordert, einen hauptamtlichen Klimaschutzmanager und einen Klimaschutzbeirat aus Expert*innen und Aktivist*innen, die die Umsetzung all der guten Ideen vorantreiben. Ein wichtiger Beitrag wäre es, auch im Vogelsberg den Klimanotstand auszurufen. Damit würde der Kreis die Eindämmung der Klimakrise und ihrer gravierenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkennen und feststellen, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dies müsste zur Konsequenz haben, dass bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen bevorzugt werden, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

DIE LINKE unterstützt lokale und regionale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung, sowie die Bildung lokaler Energiegenossenschaften, die dies umsetzen. Der be-

zahlbare Zugang zu Energie ist ein Menschenrecht und soll durch entsprechende Tarife realisiert werden. Eine wichtige Maßnahme zur Energieeinsparung sind hohe Energiegebühren bei Überschreitung eines Grundkontingents.

Sport

Der Sportentwicklungsplan für den Vogelsberg (ein Prozess, der u.a. auf unsere Initiative hin gestartet wurde) zeigt deutlich die eklatanten Mängel bei vielen Sportanlagen auf. Auch hier sehen wir einen gewaltigen Investitionsstau. Daher sollte nun eine Strategie entwickelt werden, wie es weitergeht.

Ein erheblicher Teil des kulturellen Angebotes in unserem Kreis wird von Vereinen geleistet. Sie brauchen mehr Unterstützung, insbesondere für die Jugendarbeit, die Inklusion und Integration.

Die Frei- und Hallenbäder im Vogelsberg dürfen nicht Opfer der Kürzungspolitik sein. Der Schwimmsport sollte stärker gefördert und bestehende Bäder müssen erhalten werden. Es sollten Möglichkeiten gefunden werden, in Schlitz wieder ein Hallenbad zu eröffnen.



Inklusion

DIE LINKE fordert gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen durch das Menschenrecht auf Inklusion. Das bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Barrierefreiheit ist mehr als Rampen an Eingängen, abgesenkte Bordsteine und Ausbau der Bushaltestellen.

Die Umsetzung benötigt eine solide finanzielle Basis für notwendige personelle Verbesserungen bei besseren

Löhnen auch in der Behindertenhilfe. In Hessen werden die finanziellen Grundlagen im Landeswohlfahrtsverband, einem Zusammenschluss Hessischer Kommunen, geregelt. Die immer wieder erkennbaren Versuche finanzstarker Kommunen, den LWV aufzulösen oder zu schwächen, lehnen wir ab. Es braucht einen solidarischen starken LWV, um auch in Zukunft gleiche Bedingungen für die Behindertenhilfe zu erhalten und somit die Umsetzung des Inklusionsgedankens in Stadt und Land zu ermöglichen.

Im Kinder- und Jugendbereich wurde die Behindertenhilfe bereits auf die Kommunen übertragen. Hier ist es den Linken ein wichtiges Anliegen, dass dies nicht zu finanziellen Kürzungen führen darf.

Die neue Aufgabenverteilung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt kreisfreie Städte und Landkreise sowie den Landeswohlfahrtsverband vor neue Herausforderungen. Die Umsetzung darf jedoch nicht dazu führen, dass Leistungen gekürzt oder den Betroffenen verweigert werden. Wir fordern kommunale Aktionspläne und Handlungskonzepte, um der Inklusion bzw. der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ gerecht zu werden. Der Kreis braucht dringend einen Inklusionsbeirat, in dem nicht zuletzt die Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderungen vertreten sind.

Bildung

Der Bildungserfolg ist in Deutschland stärker als in vielen anderen Ländern vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Nur ein kostenloser Zugang zu guter Bildung von Anfang an vermag dies zu durchbrechen. Wir brauchen daher einen flächendeckenden Ausbau von ganztägig arbeitenden Kinderkrippen und Kindertagesstätten, die sachlich, baulich und personell gut ausgestattet sind. Aus unserer Sicht muss das Land die Kosten der pädagogischen Arbeit für alle Altersklassen übernehmen.

Das Schulsystem braucht den Ausbau zu echten Ganztagschulen mit sportlichen und kulturellen Nachmittags- und schulischen Förderangeboten. Der hessische Pakt für den Nachmittag ist eine Mogelpackung. Er hilft manchen Erwerbstätigen, aber einem Ganztagschulkonzept bringt er uns nicht näher. Weitere Schließungen von Schulen oder Schulzweigen lehnen wir ab, solange die Alternativen nicht eindeutig bessere Chancen für die Kinder darstellen. Insbesondere muss in jeder Großgemeinde eine Grundschule erhalten werden.

Um endlich mehr Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, ist ein längeres gemeinsames Lernen über die vier Grundschuljahre hinaus dringend geboten. Das in Deutschland praktizierte frühzeitige Sortieren der Kinder in verschiedene Bildungsgänge hat sich als Sackgasse erwiesen.

In allen Bereichen der Bildung wollen wir die Inklusion weiter vorantreiben, aber bestehende Förderschulen so lange wie nötig erhalten. Inklusion bedeutet, dass alle Menschen ein Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe haben und entsprechend ihren individuellen Bedarfen gefördert werden. Nach wie vor besteht bedingt durch Schuldenbremse und „Schwarze-Null-Politik“ ein enormer Investitionsstau im Bereich Schulen und Schulsportanlagen im Kreis. Dieser muss beschleunigt abgebaut werden.

Einmal täglich sollen die Kinder in Schulen und Kitas ein Mittagessen aus möglichst regional und in der Regel ökologisch produzierten Lebensmitteln erhalten. Dies müssen sich alle Kinder leisten können. Gleiche Chancen für alle heißt auch kostenfreie Schülerbeförderung für alle.

Nur noch knapp über 40 Prozent der Kinder können nach der vierten Klasse schwimmen. Wir brauchen daher flächendeckenden Schwimmunterricht in allen Grundschulen. Die Schulschließungen wegen der Coronapandemie haben gezeigt, bei der Digitalisierung der Schulen ist noch viel Luft nach oben.

Was Eltern für Schulbücher und andere Lernmaterialien ausgeben müssen, ist enorm. Dabei steht die Lernmittelfreiheit in Hessen sogar in der Verfassung. Wenn nun Bücher vermehrt durch mobile Endgeräte ersetzt werden, so müssen selbstredend auch diese kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dass im Vogelsberg an diversen Schulen Eltern für ihre Kinder Ipads kaufen müssen, ist skandalös. Selbst wenn es als Alternative parallele Klassen gibt, die konventionell mit Büchern arbeiten, verstärkt dies die Ausgrenzung und Marginalisierung weniger betuchter Kinder. Das Land muss in diesem Zusammenhang dringend die Lehrpläne und die Ausbildung der Lehrenden entsprechend anpassen. Im Bereich der Berufsschulen müssen alle bestehenden Fachklassen im Kreis erhalten bleiben.



Jugendförderung ausbauen

Auch jenseits von Schule und Bildung muss die Jugendförderung im Vogelsberg deutlich ausgebaut werden. Dazu gehört z. B. eine deutlich finanziell bessere Förderung des Kinder- und Jugendparlamentes im Vogelsberg. Dieses muss in die Lage versetzt werden, auch operative Maßnahmen anzustoßen und umsetzen zu können. Dazu gehören z. B. auch Umsetzungen von Initiativanträgen, die sich z. B. auf neue Skateboardanlagen oder Mountainbikestrecken beziehen.

Spielplätze sind in vielen Orten veraltet und langweilig. Hier muss der Kreis die Kommunen unterstützen, diese Spiel- und Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche zu modernisieren und attraktiver zu gestalten.

Ein Großteil der Jugendarbeit wird in Vereinen ehrenamtlich geleistet. Hier sollte der Vogelsbergkreis diese Vereine, bzw. deren Jugendreferentinnen insofern fördern, dass Schulungen und Austausch zu den neuen Herausforderungen der Jugendarbeit durchgeführt werden. Hierzu gehören beispielhaft: interkulturelle Ansät-

ze, Erkennung der Gefahren von Missbrauch oder Einbeziehung virtueller Angebote.

Aber auch Modelle generationsübergreifender Projekte in den Dörfern müssen gedacht und gefördert werden. Hier könnten z. B. generationsübergreifende Gemeinschaftsgärten in den oftmals aufgegebenen Kleingartenarealen eine Möglichkeit sein.

Deutlich erkennbare, zielgruppengerechte Ansätze auch in der außerschulischen Bildungsarbeit bis hin zur Ausweitung der Volkshochschule in diesem Segment sind erforderlich.

Volkshochschule stärken

Seit 100 Jahren gibt es die Volkshochschulen in Deutschland. Sie sind die profilierten Einrichtungen der Erwachsenenbildung und einer der wenigen Orte, wo Bildung nicht mit beruflicher Qualifizierung endet.

In ihnen unterrichten hochqualifizierte Dozentinnen und Dozenten. Sie geben Integrationskurse, IT-Schulungen, unterrichten Fremdsprachen, vermitteln politische und künstlerische Bildung und Fertigkeiten oder leisten etwa eine nachholende Grundbildung in Schreiben und Rechnen.

Auf Initiative der LINKEN und der Grünen im Kreistag hat der Kreis einen Teil der Dozent*innen in den Integrations- und Alphabetisierungskursen in unbefristete Beschäftigung eingestellt. Aber der größere Teil der dort tätigen ist freiberuflich tätig.

Der Vogelsbergkreis sollte den eingeschlagenen Weg fortsetzen und weitere Dozent*innen vor allem in den Deutsch- und Alphabetisierungskursen fest anstellen. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di, die eine höhere Bezahlung, soziale Absicherung sowie gesetzlich verbrieft Rechte auf Mitbestimmung für VHS-Dozentinnen und Dozenten fordert.

Ferner braucht es einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Lehrkräfte.

Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozial und ökologisch gestalten

Die öffentliche Verwaltung und Betriebe, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist, sollen als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards einhalten. Das heißt beispielsweise Ausschluss

von Lohndumping durch Leiharbeit und keine unnötigen Befristungen von Arbeitsverträgen.

Das bedeutet auch klima- und umweltschonendes Arbeiten, Energieeinsparung und entsprechender Energiebezug.

Stopp für grundlos befristete Arbeitsverträge

Fast jeder zweite neue Arbeitnehmer hat im vergangenen Jahr nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Besonders Jüngere sind davon immer stärker betroffen. Staatliche Aufgaben sind in der Regel dauerhaft zu erledigen. Trotzdem ist die Befristungsquote im Öffentlichen Dienst höher als in der Privatwirtschaft.

Gerade junge Menschen brauchen Perspektiven, z. B. für die Familienplanung. Mit einem befristeten Arbeitsvertrag werden oft schon die Wohnungssuche oder der Versuch, einen Kredit zu bekommen zum Fiasko.

Solche Argumente beeindrucken Landrat Görig und seine CDU-Koalitionäre nicht. Man möchte als Arbeitgeber auf die Flexibilitätsvorteile einer Befristung nicht verzichten. Die Kreisverwaltung nutzt diese, weil es erlaubt ist.

Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden, Sachgründe gehören eng beschränkt und Kettenbefristungen verboten.

Reinigungskräfte beim Kreis beschäftigen

DIE LINKE fordert, die weitere Rekommunalisierung der Beschäftigten, die die kreiseigenen Gebäude reinigen. Die Beschäftigung als Reinigungskraft in privaten Reinigungsfirmen ist oftmals von enormer Arbeitsverdichtung und niedriger Bezahlung geprägt. Vor diesem Hintergrund ist es auch schwierig, den Qualitätsansprüchen zu genügen. Im Vogelsbergkreis werden bereits keine weiteren Leistungen im Reinigungsdienst privatisiert. Es stünde nun an, die gesamte Reinigung von Kreisgebäuden zu rekommunalisieren.

Bei der Auftragsvergabe soll die Einhaltung sozialer, ökologischer und nachhaltiger Kriterien gefordert werden. Das bezieht sich im Sozialen vor allem auf die Einhaltung von Tarifbedingungen und des gesetzlichen Mindestlohnes, die berufliche Chancengleichheit für

Frauen, Aspekte der Förderung von Benachteiligten, Beteiligung an der Lehrlingsausbildung. Das bedeutet im Bereich des Ökologischen vor allem Einsatz von ökologisch nachhaltigen Geräten und Produkten und die Beschaffung von fair gehandelten Erzeugnissen.

Beschäftigungsgesellschaft

Es war ein überaus großer Fehler seitens der CDU-SPD Koalition die Beschäftigungsgesellschaft „Neue Arbeit Vogelsberg“ der Insolvenz preis zu geben. Der Vogelsberg braucht für Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt und arbeitslos werdende Beschäftigte einen Integrationsbetrieb in kommunaler Hand.

Wohnen im Vogelsberg

Das Thema Wohnen im Vogelsberg ist wichtig, wenn auch anders als in der Metropole Frankfurt.

Bisher sind die Quadratmeterpreise für Mietwohnungen noch relativ niedrig. Die Probleme sind daher anders gelagert.

Die meisten Gebäude sind Ein- und Mehrfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen, nur ca. die 1/3 der Wohnungen im Vogelsberg sind Mietwohnungen.

In einigen Städten des Vogelsbergs, wie Alsfeld und Lauterbach steigt die Einwohnerzahl leicht an und es wächst die Nachfrage nach Wohnraum.

Nahezu 60% der Wohnungen im Kreis sind über 40 Jahre alt und bedürfen vor allem aus Gründen des Klimaschutzes der energetischen Sanierung.

Die Nachfrage nach Wohnungen in den größeren Vogelsberger Städten wächst. Vor allem der Bedarf nach kleinen und preiswerten Wohnungen ist in der letzten Zeit gestiegen und auch der Bedarf nach seniorengerechten Mietwohnungen.

Eine Steuerung der Wohnungsbauentwicklung durch den Vogelsbergkreis in Form einer kommunalen Wohnungsgesellschaft oder der Beteiligung an den bestehenden Genossenschaften halten wir für äußerst wichtig. Denn das Bauen gehört aktuell zu den größten Ressourcenverbrauchern. 60 Prozent des weltweiten Materialverbrauchs und die Hälfte des Abfallaufkommens gehen auf das Konto von Bauaktivitäten. Wir brauchen eine nachhaltige Wohnungsbaupolitik. Es ist darauf zu achten, nicht die Tür für Bodenspekulation zu öffnen und dennoch ausreichend preiswerte Wohnungen anzubieten.

Andererseits stehen in den Dörfern, besonders in den Dorfkernen, viele oft denkmalgeschützte Häuser leer. Hier müssen die Förderprogramme zur Wohnraumsanierung den örtlichen Bedingungen angepasst und entwickelt werden. Dies reicht hin bis zur Übernahme nicht verkäuflicher Immobilien durch den Kreis bzw. die Kommunen, um Wohnraum zu schaffen.

Gesundheitsversorgung – gut und wohnortnah

Wir wollen ein gutes gesundheitliches Angebot durch die Vogelsberger Krankenhäuser, deren Bestand erhalten werden muss.

Unsere skeptische Haltung zu den Versuchen, das Alsfelder Kreiskrankenhaus mit größeren Kliniken der Nachbarschaft zu fusionieren hat sich als richtig erwiesen. Lange wurde von Landrat Görig und der SPD der Eindruck erweckt, ohne Fusion wäre das Kreiskrankenhaus in seiner Existenz gefährdet. Nun hat sich bewährt: Das Alsfelder Krankenhaus kann mit anderen zusammen arbeiten und trotzdem alleine existieren und dabei die gesundheitliche Grundversorgung für die Vogelsberger*innen gewährleisten.

Wesentliche Aufgabe bleibt, dass die ständige Kommerzialisierung des Kreiskrankenhauses beendet wird. Sie dient nicht den Beschäftigten und schon gar nicht der Patientenversorgung. Dazu gehört vor allem, die Auslagerung von Aufgaben im Krankenhaus in Tochtergesellschaften zu beenden und die Beschäftigten wieder in den Tarif des öffentlichen Dienstes einzugliedern.

Die Schließung der gynäkologischen Abteilung und der Geburtshilfe im Kreiskrankenhaus war ein großer Fehler. Eine Geburtshilfe wird gebraucht und gehört auch



zu einem Landkreis, der für junge Familien attraktiv sein will. Die Neuschaffung einer solchen Abteilung halten wir deshalb für zwingend notwendig. Sollte dies nicht realisierbar sein, sollte der Kreis die Etablierung eines Geburtshauses initiieren und fördern.

Eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ist in manchen Teilen des Vogelsbergs längst nicht mehr gegeben. Ärzt*innen, die aus Altersgründen ihre Praxen aufgeben finden zumeist keine Nachfolger. Die Praxen fallen dann ersatzlos weg.

Schon 2016 hatten wir in unserem Kommunalwahlprogramm die Schaffung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren vorgeschlagen, um die Lage zu verbessern. Jetzt, 5 Jahre später ist die CDU-SPD-Koalition im Kreis bekehrt und es wird das erste kommunale Medizinische Versorgungszentrum im Raum Freiensteinau / Grebenhain geschaffen. Dies wird nicht ausreichen, um die Lücken zu schließen. Dazu bedarf es der Gründung weiterer kommunaler Praxen.

Zur weiteren gesundheitlichen Versorgung gehören mobile Medi-Busse, mit denen Ärzte in die Orte fahren und mobile Praxisassistenten, die die Ärzte bei Routine-Hausbesuchen entlasten können.

Der Arbeitskräftemangel im Vogelsberg ist vor allem in den pflegenden Berufen spürbar. Die Nachfrage nach qualifiziertem Pflegepersonal nimmt zu und kann nicht gedeckt werden, aber gleichzeitig gibt es zu wenig Nachwuchs in dem Beruf und wegen der enormen Arbeitsbelastung steigen auch etliche Fachkräfte aus den Pflegeberufen wieder aus.

Deshalb ist die Ausbildung und die Zusatzqualifizierung in pflegenden Berufen in der Vogelsberger Ausbildungsstätte entscheidend, um die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern und diese Berufe attraktiver zu machen.

Drogenpolitisch vertreten wir ein Konzept der Entkriminalisierung und Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind hier vor allem ausreichende Finanzierung von Präventions-, Beratungs- und Therapieangeboten, sowie legale Cannabis-Abgabemodelle erforderlich. DIE LINKE im Vogelsbergkreis unterstützt die Cannabis-Forderung der linken Landtagsfraktion (Hessischer Landtag/ 20. Wahlperiode/ Drucksache 20/ 2725) und wird sich dafür einsetzen, dass der Vogelsbergkreis sich an einem eventuellen Modellversuch beteiligt.

Sozialpolitik

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen,

können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE eine kostenlose bzw. kostengünstige Daseinsvorsorge, z. B. vollständige gebührenfreie Kitas und Ganztagschulausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, etwa für Strom, Wasser, Müll mit Hilfe von Sozialtarifen, eine soziale Preisgestaltung einführen.

Für DIE LINKE bleibt es dabei: Anstelle von Hartz IV fordern wir eine bedarfsorientierte Mindestsicherung. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter und setzen uns für die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft ein, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten. Sanktionen dürfen nicht mehr verhängt werden. Ein Corona-Mehrbedarf muss gewährt werden.

Damit soziale Hilfen auch alle erreichen, fordert DIE LINKE in den Kommunen eine flächendeckende soziale Gemeinwesenarbeit, die Kitas, Schulen, Beratung, Elternarbeit und die im Ort oder Stadtteil lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen und Anliegen einbezieht. Beratungsstellen und Treffpunkte vor Ort müssen entstehen. Ein regionaler Aktionsplan gegen Kinderarmut und Armut insgesamt liefert die Planungsgrundlagen für eine gerechtere Zukunft vor Ort.

Rechts draußen

Suspendierte Polizisten im Zusammenhang mit Drohbriefen des NSU 2.0 aus dem Kreisgebiet, Corona-Leugner und Verschwörungsphantasten mit Demonstrationen, Sachbeschädigungen mit Hakenkreuzen und anderen Schmierereien bis hin zu „Wolfsangeln“ auf den Acker aufgebracht... auch im Vogelsbergkreis ist die organisierte Rechte aktiv. Aber bei den polizeilichen und verfassungsschutzlichen Untersuchungen wird immer wieder von Einzeltätern (hier ist das Gendern bewusst weggelassen) ausgegangen. So werden viele Vorfälle

als Bagatellen behandelt. Wer aber nicht nach Strukturen sucht, wird auch keine finden. So wird rechte Gewalt verharmlost, verdeckt und damit geduldet und geschützt. Das ist mit dem grundgesetzlichen Schutz der freien Meinungsäußerung nicht gedeckt und gemeint. Hass ist keine Meinung.

DIE LINKE fordert, sich endlich der Strukturen anzunehmen, diese mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu verfolgen und aufzuklären.

Für viele – insbesondere junge – Menschen ist die parlamentarische Demokratie zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die Vorteile werden oftmals nicht gesehen und vermittelt. Sie werden oft überdeckt von Skandalen im parlamentarischen Alltag wie Einfluss von Lobbyisten, direkter Zugang von Wirtschaftsinteressen bis hin ins Kanzleramt, massive Ausweitung von Beraterverträgen und Beschäftigung in Ministerien für private Firmen und deren Mitarbeitende bis hin zu noch immer unklaren Nebenverdiensten von Parlamentariern. Hier ist es notwendig, dass sich der Vogelsbergkreis für eine Stärkung von Demokratieunterricht an den Schulen im Kreis einsetzt. Außerdem fordert DIE LINKE, dass der Kreis mit eigenen Mitteln Projekte im Kontext von „Demokratie leben“ über die jeweils kurzen Förderperioden hinaus unterstützen soll.

Über die bisherige Orientierung auf die Förderung von Jugendprojekten, sollten zukünftig mehr Einrichtungen von Erwachsenen in die Demokratieprogramme einbezogen werden.



Demokratie

Auch nach der letzten Überarbeitung der hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung sind die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger*innen. DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungs-

prozesse ein. Deshalb fordern wir vom Landtag ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr und ein Petitions- oder Antragsrecht für die Bürger*innen.

Seit vielen Jahren hat der Bund ein Informationsfreiheitsgesetz, das jeder und jedem Zugang zu Informationen über Maßnahmen und Entscheidungen von Bundesbehörden ermöglicht.

Die hessische Landesregierung hat sich mit dem Thema der Behördentransparenz lange sehr schwer getan und hat dann doch im Datenschutzgesetz entsprechende Regelungen zur Informationsfreiheit aufgenommen. Allerdings müssten in Hessen die Kommunen, die Informationsfreiheit einführen wollten, auf der Grundlage des Gesetzes eigene Satzungen erlassen. Die Stadt Alsfeld hat schon seit langem eine solche Regelung. Die CDU/SPD-Kreisspitze wehrt sich hingegen vehement, mehr Transparenz zuzulassen.

Wir setzen uns für echte Bürgerhaushalte ein. Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Einsparungsmaßnahmen mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass allen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen.

Sparkasse

Die Sparkasse Oberhessen gehört den Vogelsberger und Wetterauer Bürgerinnen und Bürgern.

Sparkassen sind in der Theorie und laut Sparkassengesetz dem Gemeinwohl verpflichtet. Im geschäftspolitischen Alltag verhalten sie sich nicht wesentlich anders als rein renditeorientierte Privatbanken.

Ihrem öffentlichen Auftrag beschränken sie auf Sponsoring, Kulturförderung und Spenden an Initiativen und Vereine, dies vornehmlich aus dem Vermögen der Sparkassenstiftungen.

Der Sparkasse Oberhessen geht es trotz lang andauernder Niedrigzinspolitik wirtschaftlich gut. Die Bilanzsumme beträgt seit Jahren über 4 Milliarden Euro. Der jährliche Gewinn liegt seit Jahren bei ca. 10 Millionen Euro. Seit vielen Jahren schon fordert DIE LINKE, dass die Sparkasse den Eigentümerkreisen aus diesem Gewinn einen angemessenen Anteil für die Kreishaushalte ausschüttet. Erstmals 2019 gab es eine Gewinnausschüttung an den Wetterau- und den Vogelsbergkreis.



Für die Entlastung der kommunalen Haushalte ist es wichtig, dass es bei einer angemessenen Ausschüttung der Gewinne bleibt.

Gerade in der ländlichen Region muss die Sparkasse wohnortnah präsent sein. Besonders ältere Menschen nutzen nicht die Online-Angebote der Bank. Deshalb sollten Filialen erhalten bleiben und mobile Serviceangebote für die Dörfer ausgebaut werden.

Die Kosten für Konten und Dispokredite sind oftmals gerade bei den Sparkassen im Vergleich zu anderen Banken zu hoch. Besonders Basiskonten beispielsweise für Bezieher für Hartz-IV-Leistungen oder Arbeitslosengeld sollten die günstigsten Konten im Angebot sein.

Zum Leitbild der Sparkasse sollten gehören, Ihren Kunden nur ökologische, soziale und ethische Geldanlagen anzubieten.

Für eine solide Kommunalfinanzierung durch Bund und Land

Auch wenn viele Kommunen und Landkreise den hessischen „Schutzschirm“ verlassen konnten, bleiben Kommunen und Landkreise weiterhin strukturell unterfinanziert. Es fehlt eine krisenfeste, solide Grundfinanzierung für die kommunalen Aufgaben.

Infolge der Corona-Krise drohen den hessischen Kommunen Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Dazu kommen

geringere Einnahmen aus Gebühren und krisenbedingte steigende Ausgaben für Soziales und Gesundheit.

Es müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen, langfristige Investitionsprogramme sowie ein Steuerrecht, das öffentliches Handeln stärkt, geschaffen werden.

Wir fordern die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalwirtschaftssteuer. Aufgaben, die Kommunen im Auftrag von Bund und Land ausführen, müssen vollumfänglich von diesen finanziert werden. Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalte.

Wir setzen uns für echte Bürgerhaushalte ein! Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Einsparungsmaßnahmen mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass allen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen.

Straßenausbaubeiträge generell abschaffen

Die Sanierung der kommunalen Straßen ist öffentliche Aufgabe und sollte aus öffentlichen Mitteln vom Land bezahlt werden. Stattdessen gibt es immer noch Kommunen, auch im Vogelsberg, die Straßenausbaubeiträge bei den Anliegern erheben.

Die Landesregierung von CDU und Grünen hat auf den öffentlichen Druck hin, die Verpflichtung der Gemeinden bei den Anliegern Beiträge zu erheben abgeschafft, aber den schwarzen Peter der Finanzierung auf die Städte und Gemeinden abgeschoben. Unterfinanzierte Kommunen kommen nicht umhin, weiterhin Beiträge zu erheben. Diese Spaltung bei der Finanzierung muss ein Ende haben, das Land muss die Kosten übernehmen, fordert die LINKE.

Demografischer Wandel

Der Vogelsberg hat statistisch den stärksten Bevölkerungsrückgang in Hessen.

Auf 7 Geburten 2016 kamen 13 Sterbefälle. Gleichzeitig übersteigen die Zuzüge in den Vogelsberg inzwischen ein wenig die Fortzüge von Menschen. Besonders in den

Vogelsberger Kleinstädten wächst die Nachfrage nach Wohnraum.

Die Bevölkerung im Vogelsberg wird auch beständig älter. Mehr als ein Viertel der Vogelsberger Beschäftigten arbeiten außerhalb des Kreises und müssen zumeist längere Strecken pendeln.

Alle diese Entwicklungen sind aber keineswegs beängstigend. Eine dünne Besiedlung und ein hoher Anteil älterer Menschen sind keinesfalls ein Drama. Entscheidend ist nur, dass die kommunale Politik sich mit den Angeboten der Infrastruktur, der Kultur und der Bildung auf die Bedingungen einstellen kann.

Der ländliche Raum braucht eine Nachteilsfinanzierung, damit trotz des Bevölkerungsrückgangs die Gemeinden funktionsfähig bleiben und es nicht zu Schließungen von Schulen, Schwimmbädern oder Kindergärten kommt oder diese Leistungen zu hohen Gebühren angeboten werden müssen.

Digitale Teilhabe sicherstellen

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft hat auch Auswirkungen auf die Kommunen und Kreise. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren können und gleichzeitig der Schutz der Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gewahrt bleiben. In der Abwägung zwischen technischer Innovation und Schutz der Persönlichkeitsrechte wird DIE LINKE im Zweifelsfall den Schutz der Persönlichkeitsrechte vorziehen. Gleichzeitig muss bei allen Neuerungen überprüft werden, ob mit der Einführung einer neuen Technik nicht Personengruppen ausgegrenzt werden. Besteht diese Gefahr muss sichergestellt sein, dass auch analoge Wege weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen (aktuell: Freibadkarte nur online buchbar). Digitale Erreichbarkeit und digitale Angebote müssen flächendeckend verfügbar sein. Nur so lassen sich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen gewährleisten.

Für DIE LINKE ist es entscheidend, auf diesem Weg allen Menschen eine digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehört die flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigen Breitbandanschlüssen als Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge, die nicht einem profitorientierten Markt überlassen werden darf. Ein Glasfaseranschluss muss jede Wohnung und jeden Betrieb im Vogelsberg direkt erreichen und nicht wie aktuell mit deutlichem Leistungsverlust nur den nächsten Verteilerkasten. Ebenso muss es bei dem Mobilfunknetz sein.

Eine Handynutzung muss nicht nur da möglich sein, wo es sich lohnt, sondern überall dort wo es benötigt wird. DIE LINKE unterstützt die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen, sowie Initiativen, die neben den öffentlichen WLAN-Anbietern, auch privat WLAN-Zugänge bereitstellen. DIE LINKE steht für Digitale Bildung für alle und setzt sich dafür ein, dass auf kommunaler Ebene, über die kommunalen Bildungsträger, wie die Volkshochschulen und Jugendzentren, über Vereine und Initiativen vielfältige Angebote zum Umgang mit digitalen Inhalten gefördert werden. Hierzu gehören Einsteigerangebote für Netz-Senior*innen ebenso wie Angebote zu Hatespeech, Cybermobbing oder dem Daten und Persönlichkeitsschutz. Priorität nimmt nach den Erfahrungen der Corona-Krise die Versorgung der Schulen mit leistungsfähigen Glasfaseranschlüssen und der Zugang aller Schüler zu Computern für das Homeschooling ein. Auf Grund der bereits stattfindenden Digitalisierung der Kommunen stehen die Städte, Landkreise und Gemeinden mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) vor neuen Herausforderungen. Das OZG verpflichtet die Kommunen alle Angebote, von Abfallversorgung bis Zulassung von KFZ, auch digital anzubieten.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass neben neuen, digitalen Zugängen auch immer die bestehenden analogen Möglichkeiten bestehen bleiben, es darf keinen Zwang zur Nutzung digitaler Wege geben. Ziel ist es, den Bürger*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern, indem Behördengänge z. B. mit elektronischen Angeboten vereinfacht werden. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Personal abgebaut, Öffnungszeiten gekürzt oder Bürgerbüros im ländlichen Raum geschlossen werden. Alle digitalen Portale müssen so gestaltet sein, dass das Prinzip der Barrierearmut bereits in der Konzeptphase berücksichtigt wird. Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei an der digitalen Kommunikation teilhaben können.



Unsere Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten



Listenplatz 1:
Dietmar Schnell, Wartenberg



Listenplatz 2:
Sandra Weiershäuser-Kullick, Homberg/Ohm



Listenplatz 3:
Katharina Jacob, Lauterbach



Listenplatz 4:
Christian Hendrichs, Romrod